

Die EU will ihre Wirtschaft abschotten – und bedroht Schweizer Unternehmen

Die Gefahr von «Made in EU» Die Schweiz hat eine diskrete Diplomatie-Offensive gestartet. Sie will verhindern, dass Brüssel hiesige Firmen durch neue Herkunftsregeln benachteiligt.

Benjamin Bitoun
und Fabian Fellmann

Die Schweiz kommt nicht zur Ruhe. Nach dem Zollstreit mit den USA und einer Diskriminierung von Schweizer Maschinenbauern in Italien muss der Bundesrat bereits wieder einen Schaden für die Wirtschaft abwenden. Dieses Mal kommt der Abschottungsversuch aus Brüssel – und auf dem Spiel steht nicht weniger als der grösste Absatzmarkt der Schweiz.

Konkret: Die EU prüft unter dem Titel «Made in EU» neue Herkunftsregeln. Deren Kern: Was mit Steuergeldern gekauft oder unterstützt wird, muss von EU-Firmen kommen. Damit stellt sich die Frage: Was heisst das für die Schweiz? Würden ihre Produkte ausgeschlossen, drohten Schweizer Unternehmen beim Export in die EU schwere Nachteile.

Die Folgen kämen die Schweiz um ein Vielfaches teurer zu stehen als der Zollstreit mit den USA. Im vergangenen Jahr gingen rund 51 Prozent aller Schweizer Exporte in die EU. Allein die Techindustrie verkaufte Waren im Wert von über 38 Milliarden Franken dorthin.

Entsprechend alarmiert ist die Schweizer Wirtschaftsdiplomatie, wie Recherchen zeigen.

Schliesst «Made in Europe» die Schweiz aus?

Aber der Reihe nach. Heute berät der Europäische Rat, wie die EU wettbewerbsfähiger werden kann. Die Union will auf den US-Zollkonflikt und die Abhängigkeit von China reagieren. Dazu erwägt Brüssel den radikalsten Umbau der europäischen Wirtschaftspolitik seit Jahrzehnten.

Das Ziel: Die EU will ihre angeschlagene Industrie vor den billigen Importen aus Asien schützen und gleichzeitig den klimaneutralen Umbau beschleunigen. Teil des Plans sind Gesetze, die europäische Anbieter bevorzugen und den Zugang zu öffentlichen Aufträgen und Subventionen an strikte Herkunftskriterien knüpfen würden. In Sektoren wie der Batterieproduktion will Brüssel den Anteil ausländischer Investoren auf 49 Prozent begrenzen.

Als Vorbild dient ausgerechnet die lange von der EU kritisierte chinesische Industriepolitik «Made in China 2025». Diese gewährt ausländischen Firmen den Zutritt zum lukrativen chinesischen Markt nur dann, wenn sie sich mit chinesischen Partnern zu einem Joint Venture zusammenschliessen.

Treibende Kraft hinter «Made in Europe» ist Frankreich. «Um unser Europa zu einer Macht zu machen, müssen wir europäische Produkte bevorzugen», begründete Präsident Emmanuel Macron die Abkehr von der bisherigen Politik im Interview mit dieser Redaktion. Unterstützung erhält er von über 1100 Wirtschaftsführern, die einen Aufruf des französischen EU-Kommissars Stéphane Séjourné zu einer europäischen Industriepolitik mitunterzeichneten – darunter solche aus der Schweiz.



Unter dem Präsidenten treibt Frankreich die Abschottung der EU-Wirtschaft voran: Emmanuel Macron besucht ein Stahlwerk im nordfranzösischen Mardyck. Foto: Benoit Tessier (AFP)

Einer davon ist Andy Yen, Chef der Techfirma Proton. Die USA und China gewährten ihren Unternehmen Vorzugsbehandlung, begründet er seine Unterstützung. «In einer Welt, in der der Wettbewerb nicht mehr fair ist, ist es nicht mehr angemessen, dass Europa seine Märkte teilweise offen hält.»

Bloss: Wer genau zu Europa gehört und wer nicht, darüber gehen in Brüssel die Meinungen auseinander. So wurde der Ansatz unter Aufsicht von Séjourné kurzerhand von «Made in Europe» auf «Made in EU/EWR» geändert. Damit wäre die Schweiz draussen und würde als Drittstaat eingestuft, ein europäisches Land zwar, aber auf der gleichen Stufe wie China – trotz Freihandelsabkommen. Trotz der bisherigen Bilateralen und trotz der neuen EU-Verträge.

Freihandelsabkommen würde verletzt werden

Sollte die EU am EU/EWR-Grundsatz festhalten, begibt sie sich juristisch aufs Glatteis. Das sagt Michael Hahn, Professor für Europa- und Wirtschaftsvölkerrecht an der Universität Bern. «Einige der Instrumente im Gesetzesentwurf sind rechtlich fragwürdig, weil sie wohl gegen das Freihandelsabkommen mit der Schweiz und gegen WTO-Recht verstossen.»

Nach den Regeln der Welt-Handelsorganisation (WTO) seien

Wer genau zu Europa gehört und wer nicht, darüber gehen in Brüssel die Meinungen auseinander.

Subventionen, die davon abhängen, dass einheimische Produkte statt Importware verwendet würden, klar verboten. Auch verbindliche Quoten für Produkte «Made in EU» seien problematisch.

Trotz der harten Linie lässt der Gesetzesentwurf der EU eine Tür für enge Partner offen. Zwar definiert Brüssel den «Unions-Ursprung» streng als Produktion innerhalb der EU oder des EWR. Doch der Entwurf gibt der EU-Kommission die Macht, Ausnahmen festzulegen: Sie kann bestimmte Drittstaaten so einstufen, dass deren Bauteile rechtlich doch als «Made in EU» gelten.

Für die Schweizer Diplomatie sei dies der entscheidende Ansatzpunkt, sagt Michael Hahn. «Bern muss Brüssel davon überzeugen, diese Möglichkeit zu nutzen, um für die Schwei-

zer Industrie eine Gleichbehandlung mit den Wettbewerbern aus EU/EWR zu erreichen.»

Genau das scheint die Schweizer Wirtschaftsdiplomatie zu versuchen, bei zahlreichen Gesprächen mit verschiedenen Europäern. Es läuft eine eigentliche diplomatische Offensive – abgehalten ohne viel Aufsehen, um die innenpolitische Diskussion über die Bilateralen III nicht zu beeinflussen. In deren Zentrum steht einmal mehr Helene Budliger Artieda.

Ausserordentliches Treffen des Gemischten Ausschusses

Unbemerkt von der Öffentlichkeit nahm die Seco-Chefin vergangene Woche in Zypern an informellen Treffen der EU-Wirtschaftsminister teil. Davor redete sie am WEF und bei Terminen in Berlin und Bern mit allen möglichen Europäern. Ende Januar entschied sich die Schweiz sogar, ein selten verwendetes diplomatisches Mittel zu ergreifen: Sie berief ein ausserordentliches Treffen des Gemischten Ausschusses zum Freihandelsabkommen ein, um dagegen zu protestieren, dass die EU bei der Verdoppelung der Stahlzölle auch die Schweiz treffen würde. Die Schweizer Wirtschaft ist besorgt über die europäischen Pläne. Europa sei in einer schwierigen Situation und müsse schnell die Wettbewerbsfähigkeit verbessern, sagt François Baur, der

Leiter für Europa-Angelegenheiten beim Wirtschaftsverband Economiesuisse. Am heutigen EU-Gipfel etwa geht es zwar erst um Grundsätze und nicht um konkrete Gesetzestexte. Dennoch würden die Entscheidungen die spätere Definition von «Made in Europe» beeinflussen, sagt Baur.

Economiesuisse drängt in Brüssel darauf, dass die EU nicht zwischen Mitgliedsstaaten und anderen Ländern unterscheidet, sondern sich an den Lieferketten ihrer Unternehmen orientiert. «Europa muss in Wirtschaftsfragen denken, und da gehört die Schweiz dazu», sagt Baur.

Keine Ausgrenzung der Schweiz mit Bilateralen III?

Economiesuisse fordert allerdings auch, dass die Schweiz vorwärtsmacht und rasch die Bilateralen III annimmt. Diese würden zwar nicht vor jeder Diskriminierung schützen, sagt Baur. «Aber mit den Bilateralen III hätten wir es jetzt einfacher. Sie wären eine Basis, um mit der EU über die Umsetzung von «Made in Europe» zu diskutieren.»

Ähnlich argumentiert das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco). Neue Regeln im öffentlichen Beschaffungswesen seien nicht Teil der Bilateralen III, teilt Sprecher Fabian Maienfisch mit. «Geregelte und stabile Beziehungen ermöglichen allerdings einen offenen Austausch über solche Fragen.»

Das Seco pocht bei der EU derweil auch darauf, dass diese bestehende Verträge einhält. «Im aktuellen globalen Umfeld ist es wichtig, dass eng verflochtene Volkswirtschaften ihre Handelsbeziehungen stärken, anstatt neue Hürden zu errichten», so Maienfisch. «Allfällige Massnahmen müssen im Einklang mit deren Verpflichtungen im Rahmen internationaler Abkommen stehen.»

Damit entspricht das Seco den Forderungen des Schweizerischen Gewerbeverbands. Direktor Urs Furrer sagt: «Wir erwarten, dass die Schweiz auf das Einhalten internationaler Verträge pocht – durchaus im Wissen darum, dass wir zusehends in einer macht- statt regelbasierten Welt leben.»

Wer derzeit ihre Verbündeten sind, hat die Schweiz bereits ausgemacht. Auf starke Abschottung drängt Frankreich. Nordische Staaten, Deutschland und auch Italien fürchten hingegen darum, dass die Lieferketten ihrer Industriebetriebe leiden würden.

Mindestens 9 der 27 EU-Länder sind derzeit dagegen, überhaupt «Made in Europe»-Regeln einzuführen. Unter den anderen gibt es mehrere, welche die Schutzmauer um ganz Europa und nicht nur um die EU ziehen wollen. Das Seilziehen am heutigen EU-Gipfel in Belgien wird hart.